



Stellungnahme des Klima-Bündnis-Arbeitskreises Politik in Deutschland zu den Klimaschutzbeschlüssen der Deutschen Bundesregierung

Rostock / Frankfurt am Main, 26. September 2019

Als Klimaschutznetzwerk vertreten wir in Deutschland 493 Städte, Gemeinden und Kreise mit insgesamt 42.293.000 Einwohnern*innen.

Das Klima-Bündnis begrüßt die Beschlüsse des Klimakabinetts als wichtigen Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirksamen Klimaschutz. Zugleich müssen wir feststellen, dass die Beschlüsse in mehreren zentralen Handlungsfeldern weit hinter dem Möglichen und dem Notwendigen für die Erreichung der deutschen Klimaschutzziele zurückbleiben. Wir stellen im Folgenden die aus unserer Sicht wichtigsten Handlungsfelder dar, auf denen wir Korrekturen für unverzichtbar halten.

1. Schnellerer Ausbau Erneuerbarer Energien

Das **Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)** ist zweifellos das bisher erfolgreichste Klimaschutzgesetz. Es hat nicht nur den dynamischen Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von rund 5 % auf heute rund 40 % ermöglicht, sondern in zahlreichen Ländern ähnliche Regelungen angeregt und eine beispiellose technische Entwicklung vor allem im Bereich der Photovoltaik und der Windenergie induziert. Leider ist das EEG durch die letzten Novellierungen seiner Wirksamkeit beraubt und die wirtschaftliche Ausbaudynamik gelähmt worden.

Eine wichtige vom Bundeskabinett beschlossene Korrektur ist der Verzicht auf den Ausbaudeckel für die Photovoltaik. Dies reicht jedoch nicht aus. Dringend erforderlich ist es, **selbstverbrauchten erneuerbaren Strom von der EEG-Umlage vollständig zu befreien**, was hohe Ausbaupotentiale auf gewerblichen Flächen wirtschaftlich attraktiv machen würde. Außerdem notwendig ist „das Mieterstromgesetz radikal zu vereinfachen, um die Nutzung der Dachflächen von Mehrfamilienhäusern in die Breite zu bringen und eine Teilhabemöglichkeit am Ausbau der erneuerbaren Energien für Mieter zu schaffen“, so Ralf Bermich, der Sprecher der AG Politik des Klima-Bündnis in Deutschland.

Kritisch sehen wir die Erhöhung des Mindestabstands von Windkraftanlagen und die Beibehaltung der bayerischen Sonderregelung.

Um den erneuerbaren Strombedarf zu decken, auch für die Elektrifizierung der Sektoren Wärme und Mobilität, sehen wir es als erforder-

lich an, den **Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Photovoltaik und der Windenergie stark zu beschleunigen.**

2. **Speicherung Erneuerbarer Energien und Entwicklung von Strategien zur vollständig erneuerbaren Deckung des Strombedarfs bei gleichzeitiger Elektrifizierung der Sektoren Wärme und Mobilität**

Für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Versorgung sind die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten für die Kurzzeit und Langzeitspeicherung unverzichtbar. Ein relevantes Ausbaupotential besitzen vor allem die Photovoltaik und die Windenergie, also fluktuierende Quellen. Ohne eine erneuerbare Stromversorgung, auch zu Zeiten mit geringer Erzeugung aus Sonne und Wind, ist ein Erreichen der Klimaschutzziele unmöglich. Wir fordern die Bundesregierung auf hier einen **Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkt zu setzen und energie-wirtschaftliche gesetzliche Rahmenbedingungen für die Realisierung von Speicherlösungen und Kraftwerken auf Basis erneuerbarer Energien zu schaffen. Ohne eine gesicherte erneuerbare Stromversorgung sind auch die von der Bundesregierung geplanten Programme zur Umstellung von Heizungen und zur Elektrifizierung der Mobilität kein Beitrag zum Klimaschutz.**

3. **Erhöhung von Wärmeschutzstandards im Neubau**

Die Anforderungen der EnEV bleiben bereits heute weit hinter dem Stand der Technik und der Praxis energieeffizienten Bauens zurück, der durch die erprobten Förderstandards KFW40 und KFW40+ sowie den Passivhausstandard markiert wird. Wir halten daher eine **deutliche Anhebung der baulichen Standards** für kurzfristig möglich und erforderlich. Wir halten es nicht für akzeptabel, diese Entscheidung – wie vom Klimakabinett beschlossen – bis 2023 zu verschieben.

4. **CO₂-Bepreisung**

Die Einführung einer CO₂-Bepreisung in Form eines nationalen Emissionshandelssystems wird ausdrücklich begrüßt. Die **vorgesehenen Handelspreise für die Startperiode des Systems sind jedoch wesentlich zu gering**, um eine relevante Steuerungswirkung zu entfalten. Wir fordern die Einführung höherer Startpreise und halten eine Orientierung an dem vom UBA veröffentlichten Empfehlungswert von 180 Euro je Tonne CO₂ für sinnvoll. Die zusätzlichen Einnahmen sollten dazu verwendet werden, die EEG Umlage abzuschaffen. Darüber hinausgehende Einnahmen sollten für weitere Klimaschutzmaßnahmen und den Ausgleich sozialer Härten verwendet werden.

5. **Klimafreundliche Mobilität**

Den Einstieg in die klimafreundliche Mobilität begrüßen wir. Die vorgesehen Mittel in Höhe von zwei Milliarden Euro pro Jahr ab dem Jahr 2025 für den Ausbau des ÖPNV sind jedoch viel zu gering. So erklärt Andreas Wolter, der Bürgermeister der Stadt Köln und Vorsitzende des Klima-Bündnis: „Allein für den Ausbau des Knotens Köln werden

rund 4 Milliarden Euro benötigt. Darüber hinaus sind noch zusätzliche Mittel für den Betrieb des Regionalverkehrs erforderlich“. Um die Klimaziele für 2030 zu erreichen, ist eine deutliche Aufstockung der Mittel erforderlich.

6. **Das Klimaschutzgesetz des Bundes**

Das geplante Klimaschutzgesetz muss alle Klimaschutz-relevanten Fachgebiete (insbesondere Energiewirtschaft, Erneuerbare Energien, Gebäudestandards, Baurecht, Mobilität und Landwirtschaft) berücksichtigen und eine Neuausrichtung der entsprechenden Fachgesetze auf den Klimaschutz einleiten. Klimaschutz muss eine Pflichtaufgabe aller politischen Ebenen sein, auch der Kommunen. Klimaschutz muss als Querschnittsaufgabe Bestandteil aller Entscheidungen werden. Wir gehen davon aus, dass die oben genannten Aspekte bei der weiteren Ausformulierung des Klimaschutzgesetzes berücksichtigt werden.

Rostock, 26. September 2019

Klima-Bündnis-Arbeitskreis Politik in Deutschland

KONTAKTE

Ralf Bermich

Sprecher der AG Politik des Klima-Bündnis in Deutschland
Tel. +49 6221 5818-270 | ralf.bermich@heidelberg.de

Dag Schulze

Klima-Bündnis-Koordinator für Deutschland
Tel. +49 69 717139-24 | d.schulze@klimabuendnis.org

DAS KLIMA-BÜNDNIS

Seit mehr als 25 Jahren setzen sich die Mitgliedskommunen des Klima-Bündnis mit ihren indigenen Partnern der Regenwälder für das Weltklima ein. Mit 1.700 Mitgliedern aus 26 europäischen Ländern ist das Klima-Bündnis das weltweit größte Städtenetzwerk, das sich dem Klimaschutz widmet, und das einzige, das konkrete Ziele setzt: Jede Klima-Bündnis-Kommune hat sich verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Da sich unser Lebensstil direkt auf besonders bedrohte Völker und Orte dieser Erde auswirkt, verbindet das Klima-Bündnis lokales Handeln mit globaler Verantwortung. klimabuendnis.org